

11. DEZ. 1962

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/248

Bonn, den 11. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Zusammenbruch des Haushaltsplans 1963</u> Folge der politischen Führungslosigkeit	36
2	<u>Ohne Strauss</u> Zur bevorstehenden Nato-Tagung in Paris	31
3 - 4	<u>Koalition in der Sackgasse</u> Unüberbrückbare Gegensätze in Österreich ? Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	67
5 - 6	<u>Ein willfähriger Gehilfe</u> Das Schauerliche im Fall Schlegelberger	53
6	<u>Willi Sanders</u> Ehrung eines verdienten Sozialdemokraten	21

Chefredakteur Günter Markecheffel

## Zusammenbruch des Haushaltsplans 1963

### Folge der politischen Führungslosigkeit

sp - Als der bisherige Bundesfinanzminister Dr. Heinz Starke seine ersten Schritte auf dem schwierigen Gelände der Etatgestaltung machte, erklärte er, man werde nunmehr sehen, wozu ein starker Mann fähig sei, ein Mann, der eine "Konzeption" habe und nicht nur von den guten Wünschen seiner Parteifreunde, sondern auch aller einsichtigen Staatsbürger begleitet sei. Starkes Devise lautete: "Haushaltsplan der Sparsamkeit". Mit vieler Mühe gelang es dann dem inzwischen zurückgetretenen Bundesfinanzminister, das Haushaltsvolumen für 1963 auf 56,8 Milliarden DM zu begrenzen, nicht ohne hierbei einige Unterlassungssünden begangen zu haben, die auf dem Gebiet der mangelnden Finanzierung für die Lösung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben liegen.

Als man endlich so weit war, wenigstens das Zahlengebäude zeigen zu können, hatten andere Kabinettsmitglieder in der Zwischenzeit bereits neue Forderungen für ihre Ressorts gestellt und dadurch nicht nur sachlich, sondern auch politisch die Position ihres Ministerkollegen unterhöhlt. Während der nun schon seit Wochen dauernden Regierungskrise "schwamm" man im Finanzministerium, und was schon vorher jedem Kenner der Materie bekannt war, wurde nunmehr allgemeine Erkenntnis:

- \* Die Zahlen des Herrn Starke, und damit sein "Haushaltsplan der Sparsamkeit", erwiesen sich als unhaltbar, zumal besonders der Verteidigungsminister mit knapp zwei Milliarden DM zusätzlichen Anforderungen auftrat und auch die anderen Minister keineswegs gewillt waren, ihre Popularität bei den Interessensverbänden zugunsten der guten Absichten ihres Sparkollegen zu opfern.

Jetzt spricht man davon, daß die Anforderungen der einzelnen Ressorts das Volumen des Gesamthaushalts auf rund 62 Milliarden DM heraufgetrieben haben. Von den ursprünglich zum Teil sogar lautstark diskutierten Möglichkeiten eines "inneren Ausgleichs" der Ressorts ist nicht mehr die Rede.

Nun können Zahlen viel, aber auch sehr wenig besagen. Man kann vieles mit ihnen manipulieren, genau so wie mit der Statistik. Hier geht es aber weniger um Zahlen, als vielmehr um die auch bei dieser sehr schwierigen Materie sichtbar gewordenen Führungslosigkeit des Staates.

- \* An den wechselnden Etatsansätzen, den nicht eingehaltenen gemeinsam gefassten Beschlüssen des Kabinetts, an aufgestellten Forderungen einzelner Minister, von denen der Kabinettskollege nichts weiß, an sogenannten Gefälligkeitszusagen an diesem Durcheinander ist die nun seit mehr als einem Jahr andauernde Führungsunfähigkeit der kleinen Koalition schuld.

Es kann sein, daß Herr Starke nicht stark genug war, um sich behaupten zu können. Vielleicht trifft es sogar zu, wenn behauptet wird, daß Herr Starke nicht schon zu Beginn seiner Tätigkeit als Bundes-

finanzminister das oft unübersichtliche Funktionieren einer Staatsmaschinerie erkannte, dagegen die Gestaltung des Haushaltsplans völlig abstrakt betrieb und unabhängig von den einander widerstrebenden Interessen innerhalb der CDU/CSU-FDP-Koalition agierte. Wie dem auch sei - der Bundeshaushaltsplan 1963 ist, auch unabhängig von der Person des bisherigen Bundesfinanzministers, ein Opfer der Führungskrise in der Bundesrepublik geworden. Die Verantwortlichen sind alle Kabinettsmitglieder; an ihrer Spitze der Bundeskanzler, der laut Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmen sollte.

+ \* +

### Ohne Strauss

#### Zur bevorstehenden NATO-Tagung in Paris

sp - Es muß und wird auch ohne Strauss gehen. Dieser Mann hat sich selbst gestürzt, und er muß nun erleben, daß die Sicherheit der Bundesrepublik nicht, wie er es noch im bayerischen Landtagswahlkampf lauthals verkündete, an seine Person gebunden ist. Aber mit Wehmut dürfte er wohl in diesen Tagen seine Blicke nach Paris richten, dem Konferenzort der NATO-Staaten, deren Vertreter zu ihrer alljährlichen Dezembertagung zusammenkommen, um die Grundlinie ihrer Politik für das nächste Jahr abzustecken. Die Aufgaben des deutschen Verteidigungsministers auf dieser Tagung nimmt provisorisch der Minister für Bundesratsangelegenheiten, Herr von Merkatz, wahr. Nichts gegen diesen Herrn - doch wird wohl niemand, auch sein bester Freund nicht, behaupten können, er hätte sich auf dem gewiß schwierigen Gebiet der Verteidigungspolitik besonders hervorgetan. Das Protokoll des Bundestages vermerkt nicht einen einzigen Beitrag, womit sonstige Meriten dieses Herrn nicht angezweifelt werden sollen. Seine Entsendung nach Paris mag wohl der Geschäftsordnung des Bundeskabinetts des antwortenden entsprechen, aber politisch ist sie der sichtbarste Niederschlag einer nicht mehr zu überbietenden Verlegenheit und Hilflosigkeit.

Die Bundesrepublik zählt durch ihr Potential zu den wichtigsten Partnern der NATO. Ihre Stimme hat Gewicht und Einfluß. Doch wer kann sie wirksam zu Gehör bringen? Von allen Mitgliedstaaten dieses Verteidigungsbündnisses hat die Bundesregierung die schwächste Regierung aufzuweisen, ja, es ist auch fraglich, ob Herr von Merkatz angesichts des Bonner Koalitionsbündnisses noch als ein Minister seiner Regierung aus Paris nach Bonn zurückkehren wird. An seiner Entsendung wird sichtbar, in welcher jämmerlicher Verfassung sich die Führung der Bundesrepublik befindet. Die Bundesrepublik bei entscheidenden internationalen Konferenzen ohne überzeugende, parlamentarisch abgesicherte Repräsentanz - wahrlich ein Bild, das bei niemandem Freude auslösen kann.

+ \* +

### Koalition in der Sackgasse

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Je länger die Koalitionsverhandlungen über die Neubildung einer österreichischen Bundesregierung andauern, desto mehr hat es den Anschein, daß die Gegensätze zwischen den beiden beteiligten Parteien, ÖVP und SPÖ, unüberbrückbar sind. Gewiß wird man sich eines Tages einigen müssen, aber bis dahin kann es noch lange dauern. Zielsetzung und Auffassungen der beiden Koalitionsparteien treten jedoch nie so deutlich in Erscheinung wie jetzt, wo man sich konsequent in eine Sackgasse hineinmanövriert hat.

Die ÖVP verlangt auf Grund der 5 Mandate und 64.000 Wählerstimmen, die sie mehr hat als die SPÖ die Übergabe von drei Ministerien - Außenministerium, Justizministerium, Verstaatlichungsministerium - und überdies eine teilweise Reprivatisierung der verstaatlichten Unternehmungen.

Die SPÖ lehnt dieses Ansinnen ab, weigert sich, Ministersessel und die verstaatlichten Unternehmungen preiszugeben und hat ihrerseits eine Reihe von Gegenforderungen erhoben. So verlangt sie die Schaffung eines Wirtschaftsrates, eine Wahlrechtsreform, ein Antikorruptionsgesetz, bessere Rechnungshofkontrolle sowie Verwaltungs- und Parlamentsreform.

#### Sozialisten sind keine "Seelenverkäufer"

Einer von den acht ÖVP-Unterhändlern, der steirische Landeshauptmann Josef Krainer, begründete die ÖVP-Forderungen unter anderem damit, daß den sozialistisch geführten Ministerien wesentlich mehr Personal untersteht als den ÖVP-Ministerien. Die Sozialisten antworteten, daß sie "keine Seelenverkäufer" seien und fragten Krainer, ob er die Zahl der Häftlinge in den Strafanstalten etwa auch als Untergebene eines sozialistischen Ministers rechne, da sie dem SPÖ-Justizministerium unterstehen.

Nach Ansicht der SPÖ hat die ÖVP infolge der bisherigen Aufteilung der Regierungsämter weit über ein Gleichgewicht hinaus den herrschenden Einfluß auf die Personalpolitik des Bundes, auf die Verteilung der Staatseinnahmen und auf die Verwaltung des Staatsvermögens (mit Ausnahme der verstaatlichten Unternehmungen und der Verkehrsbetriebe, auf

die Vergabe der staatlichen Bauaufträge, auf die Handelspolitik, auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft sowie auf die gesamte Kulturpolitik, weil sie bereits ohnehin über die entsprechenden "Superministerien" verfügt.

Im Übrigen, so argumentiert die SPÖ, rechtfertige ein Übergewicht von 64.000 ÖVP-Wählerstimmen innerhalb der Regierung nicht eine Ministerposition mehr. Die SPÖ lehrt daher, wie es heißt, die Einschränkung ihres Wirkungsbereiches in der Bundesregierung und eine Verringerung der Zahl der ihr übertragenen Regierungsämter ab.

#### Von Volksaktien ist nicht mehr die Rede

Indes hat die ÖVP ihre Forderungen bezüglich der Zukunft der verstaatlichten Betriebe präzisiert. Demnach sollen sie alle in Aktiengesellschaften umgewandelt werden (zum größten Teil sind sie es bereits und die ÖVP soll in den Aufsichtsräten die Mehrheit haben. Damit könnten sie die Vorstände der Unternehmungen allein bestimmen: der Weg für unfähige ÖVP-Protektionskinder aller Art in die Leitungen von Unternehmungen, die Milliardenwerte erzeugen, wäre sodann frei und diese Unternehmungen würden zu reinen Parteibetrieben der ÖVP werden.

Des weiteren aber sollen nach dem nicht gerade bescheiden anmutenden Plan der ÖVP die Aktien der verstaatlichten Unternehmungen zu 49 Prozent verkauft werden. Bezeichnenderweise ist in diesem Zusammenhang nicht mehr die Rede von "Volksaktien" oder auch nur davon, daß die Aktien nur an Österreicher verkauft werden dürfen. Im Gegenteil: Es ist jetzt schon klar, daß im Falle einer Assoziation mit der EWG - wie sie Österreich anstrebt - Ausländern der Ankauf von Aktien gar nicht verweigert werden dürfte. Ausländische Aktionäre könnten also schließlich darüber entscheiden, was in einem österreichischen Großbetrieb geschehen darf oder nicht, ja, sie könnten zur Ausschaltung einer unerwünschten Konkurrenz Großbetriebe und ganze Industriezweige stilllegen lassen.

#### Die Rechnung ohne den Wirt

Die Sozialistische Partei hat dieses gefährliche Reprivatisierungskonzept mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Enttäuschung und Wut der Industriellen über diese Weigerung brachte die ÖVP-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 7. Dezember zum Ausdruck, als sie darüber klagte, die SPÖ bediene sich bei den Regierungsverhandlungen "primitiver Zechpreller- und Gesundbetermethoden". Um beim Zechprellerbild zu bleiben, kann man feststellen, daß die ÖVP, wie man in Österreich zu sagen pflegt, "die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat."

### Ein willfähriger Gehilfe

kn - Nun hat es endlich ein deutsches Gericht gegeben, das Hitlers Justizminister, dem Staatssekretär a.D. Dr. Franz Schlegelberger bescheinigt hat, was ihm zu bescheinigen war. Der V. Senat des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg hat erkannt, daß der heute 86jährige Schlegelberger während seiner Tätigkeit als Reichsjustizminister in den Jahren 1941 und 1942 die Unabhängigkeit der Justiz ausgehöhlt hat. Das Gericht in Lüneburg, die bisher höchste mit dem Fall Schlegelberger befaßte Instanz, entzog ihm dann auch seine 131er-Rente, die inzwischen auf über 3.300 DM monatlich angewachsen wäre, wenn er sie erhalten würde. Das Gericht korrigierte damit eine Serie von Vorentscheidungen, wobei besonders das unverständliche Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts vom 8. November 1960 zu nennen ist. Die 5. Kammer dieses Gerichts nämlich hatte Schlegelberger zugestimmt, ihm habe das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit gefehlt.

Man kann also über den Lüneburger Richterspruch befriedigt sein, wenn auch die Frage berechtigt ist, warum denn immer gerade die Gerichte in Schleswig-Holstein, und da besonders in Schleswig, so anders urteilen. Man kann auch fragen, warum sich denn die Regierung bisher auf kleine Sachbearbeiter aus dem Kieler Innenministerium stützte und sich erst für Lüneburg entschloss, den prominenten Anwalt Dr. Redeker aus der Bonner Kanzlei des Professor Dahs zu nehmen.

Nun, das Groteske an der ganzen Angelegenheit aber ist, daß der 86-jährige Professor Schlegelberger aus der Dietrich Wacke-Straße in Flensburg nun vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin in die letzte Instanz gehen will. Er will dort weiter gegen die Landesregierung von Schleswig-Holstein klagen, aus deren Kassen er bisher schon fast 350 000 DM an 131er-Bezügen erhielt, obgleich er jetzt nach dem Entzug dieser Ruhestandsbezüge auf eine gute Rente aus der Angestelltenversicherung ausweichen kann.

Da nun das öffentliche Argernis Schlegelberger wiederum durch die Instanzen zieht, wäre zu wünschen, daß Westberlin schnell und wie Lüneburg entscheidet. Da aber Schlegelberger nicht begreift, wie er als Hitlers Reichsjustizminister schuldig geworden ist, sollte ihm noch einmal stichwortartig vorgehalten werden, was er damals tat.

Schlegelberger ist im Euthanasie-Komplex schuldig geworden, indem er am 23. April 1941 im Reichsjustizministerium die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte in die unmenschlichen Euthanasiekommissionen des Professors Heyde einweihte und Beschwerden aus der Bevölkerung über die rechtswidrigen Tötungen unbearbeitet abheftete. Er stellte auch die Weichen für die Tötung von Polen und Juden im damaligen Generalgouvernement, indem er die Juden- und Polenstrafrechtsverordnung herausgab, wonach härteste Arbeit in Straflagern möglich wurde, was für viele den Tod bedeutete.

Er überstellte sogar von Sondergerichten hart bestrafte Menschen der Gestapo zur Exekution, wie man am Fall des Juden Luftglass weiß, der hier gekerkert hatte und dafür dreissig Monate Gefängnis bekam. Schlegelberger, dem der Führer das Gnadenrecht übertragen hatte, hat niemals im Sinne der Verurteilten gewirkt, sondern immer für Hinrichtungen plädiert, was auch für Gegner des Regimes und nicht nur für Kriminelle galt. Schließlich war er ein allzu willfähriger Gehilfe Hitlers, indem er, wie die durch ihn herausgegebenen sogenannten Führerinformationen zeigen, in rechtskräftige Urteile eingriff, wenn "seinem Führer" die Urteile zu milde waren.

+ + +  
Willi Sanders  
-----

sp - Viele waren gekommen, voran die Vorstandsmitglieder der SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Vorsitzenden Erich Ollenhauer und seinen beiden Stellvertretern, um in einer Feierstunde im Bundeshaus Abschied zu nehmen von Willi Sanders, dem Büroleiter der SPD-Bundestagsfraktion im Bundeshaus. Willi Sanders tritt in den wohlverdienten Ruhestand. Er hat das Büro seit 1949 mit Umsicht und Gattkraft geleitet. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es, für einen reibungslosen technischen Ablauf zu sorgen. Mit den Jahren wuchs die Arbeit, der Apparat wurde grösser, neue Kräfte mußten eingestellt werden, und es gibt wohl keinen Abgeordneten, der nicht die Dienste Sanders beanspruchte. Der gebürtige Sachse feierte gleichzeitig mit seinem Abschied seine 50jährige Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Er gehört somit zur jener alten Garde auf der an Treue und Hingabe auch in schweren Zeiten die heutige Größe und Bedeutung der Sozialdemokratie zurückzuführen ist. Als sozialdemokratischer Bezirkssekretär von Dresden hatte Sanders sich den besonderen Hass der Machthaber des Dritten Reiches zugezogen. Gemeinsam mit Erich Ollenhauer, mit dem ihm eine jahrzehntelange Freundschaft verbindet, und mit vielen anderen Gesinnungsgefährten widerlegte er auf den schwierigen Böden der Londoner Emigration die These von der deutschen Kollektivschuld. Dem Dank der SPD-Bundestagsfraktion und der Partei für die von Sanders geleistete Arbeit gab Ollenhauer in bewegenden Worten Ausdruck.

+ + +